

Zusammenfassende Erklärung

gemäß § 10 Abs. 4 des Baugesetzbuches (BauGB)
zum

Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 15 der Stadt Celle „Erweiterung der Biogasanlage Teilkamp“

Im Celler Ortsteil Bostel, im Außenbereich zwischen der Siedlung Bostel und dem Golfplatz, soll eine bereits vorhandene Biogasanlage erweitert werden. Vorgesehen ist eine Leistungssteigerung auf mehr als 1,0 MW elektrische Leistung. Dadurch soll der bestehende Standort mit den vorhandenen technischen Anlagen stärker ausgelastet und damit wirtschaftlicher genutzt werden können.

Mit der Erweiterung soll darüber hinaus eine Weiterleitung des zusätzlich produzierten Gases an ein weiteres, externes BHKW ermöglicht werden, um Strom und Wärme am Ort der Verbraucher, wie z. B. Wohngebäuden, Gewerbebetrieben sowie öffentlichen Einrichtungen bereitstellen zu können. Optional soll eine Gaseinspeisung in das öffentliche Netz möglich werden.

Aufgrund der geplanten Größe der Gesamtanlage fällt diese nicht mehr unter den Typus des privilegierten Vorhabens im Sinne des § 35 des Baugesetzbuches (BauGB). Als planungsrechtliche Grundlage für die geplante Leistungssteigerung der Biogasanlage ist es daher erforderlich, über einen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan eine entsprechende Sondergebietsausweisung vorzunehmen.

Planungsalternativen

Es handelt es sich bei dem vorliegenden Vorhaben um die Leistungssteigerung der am Standort bestehenden Biogasanlage. Hierzu sind ergänzende bauliche Anlagen wie z. B. ein zusätzlicher Fermenter erforderlich, die technisch bedingt ausschließlich auf dem vorhandenen Betriebsgelände in den Stoffkreislauf integriert werden können.

Für die Anlagenstandorte und damit die Planzeichnung und den Vorhaben- und Erschließungsplan des Bebauungsplanes ergeben sich damit nur sehr enge Gestaltungsspielräume, die im vorliegenden Plan bereits weitgehend ausgeschöpft werden.

Umweltbelange

Im Rahmen der Planung ist eine Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt worden. Es wurde festgestellt, dass durch den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 15 Beeinträchtigungen der Schutzgüter vorbereitet werden können. Diese bestehen vor allem in

Bezug auf die Schutzgüter Boden sowie Pflanzen und Tiere, können aber durch die geplanten Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen werden.

Die zusätzlich geplanten baulichen Anlagen führen nicht zu einer weiteren Beeinträchtigung des Landschaftsbildes. Dennoch werden an der nordwestlichen, der nördlichen, der östlichen und der südöstlichen Grenze des Plangebiets Eingrünungsmaßnahmen vorgesehen, um das Schutzgut Landschaftsbild zusätzlich aufzuwerten.

Durch die künftige, nahezu vollständig umschließende Eingrünung der Anlage kann zudem ein Teil der benötigten Kompensation erbracht werden. Der restliche Kompensationsbedarf wird auf einer ca. 30 ha großen externen Fläche in der Gemarkung Habighorst in Form einer Waldumwandlung geleistet. Hierzu wird die derzeit vorhandene Kiefernmonokultur durch Unterpflanzungen zu einem naturnahen Laubmischwald mit einem Laubbaumanteil von mindestens 50 % entwickelt.

Nach Durchführung der Kompensationsmaßnahme gelten die erheblichen Beeinträchtigungen der Schutzgüter Boden sowie Pflanzen und Tiere als vollständig ausgeglichen.

Die Ergebnisse der Umweltprüfung sind im Umweltbericht gemäß § 2a BauGB festgehalten, der Bestandteil der Begründung zu dem Bebauungsplan ist.

Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB sowie der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der parallelen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB wurden folgende relevante Stellungnahmen vorgebracht:

Von der Unteren Naturschutzbehörde sind der im Geltungsbereich südlich gelegene Wald sowie die von Nord nach Süd durch das Gebiet verlaufende Hecke als erhaltenswert eingestuft worden. Daraufhin wurde der Wald in der Planzeichnung als solcher festgesetzt und somit dessen Erhalt gesichert. Die Hecke im Bereich der Anlagenerweiterung wird entsprechend im Rahmen der Eingriffs-Ausgleichsbetrachtung des Umweltberichts berücksichtigt. Ebenso wurden Aussagen zu deren Funktion als Lebensraum im Umweltbericht ergänzt.

Des Weiteren wurden auf Anregung der Unteren Naturschutzbehörde die Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung um Formblätter zu Tierartengruppen ergänzt und in Bezug auf Aussagen zu bestimmten Arten deutlicher formuliert; die Vermeidungsmaßnahmen wurden um Aussagen zu Konflikt vermeidenden Maßnahmen aus Artenschutzgründen ergänzt. Die Ergänzung wurde ebenfalls im Umweltbericht sowie im Grünordnungsplan vorgenommen.

Der Grünordnungsplan wurde zudem um eine Zeichnung ergänzt, aus der der Eingrünungsplan in der ersten Ausbaustufe ersichtlich wird. Aussagen hierzu sind auch im Umweltbericht ergänzt worden. Ebenfalls ergänzt wurden der Grünordnungsplan und die Planzeichnung um Aussagen zum Abstand zwischen Waldrand und Baukörper.

In der Eingriffsbilanzierung sowie der Beschreibung der Ausgleichsmaßnahmen wurde zwischen „Alt-Maßnahmen“ und „Neu-Maßnahmen“ der Kompensation unterschieden, um die Bilanzierung nachvollziehbarer zu gestalten.

Als weitere Korrekturen auf Basis der Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde wurden die Wertsteigerung des extern liegenden Kiefernforstes nur um eine Wertstufe angerechnet, die Eingriffsbilanzierung im Umweltbericht entsprechend angepasst und zudem eine Übersichtskarte zur Lage des Kiefernwaldes angefertigt.

In den Umweltbericht wurden als Maßnahmen für den Artenschutz redaktionell Aussagen zum Bauzeitpunkt sowie zum Entfernungsverbot von Gehölzen während der Brutzeit aufgenommen.

Entsprechend der Stellungnahme der Bauaufsichtsbehörde der Stadt Celle wurde eine textliche Festsetzung zur Gestaltung baulicher Anlagen in den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufgenommen. Demnach sind die Außenbauteile sämtlicher baulicher Anlagen in ge-

deckten Grüntönen zu halten. Eine weitere textliche Festsetzung, in der vorgeschrieben wird, dass die Biogasanlage nur mit nachwachsenden Rohstoffen gemäß Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG, Stand: 25.10.2008) zu betreiben ist, wurde ebenfalls ergänzt.

Der Landkreis Celle, Amt für Wirtschaftsförderung, Bauen und Kreisentwicklung sowie das Niedersächsische Forstamt Fuhrberg wiesen ergänzend darauf hin, dass die Laubwaldfläche im Südwesten des Geltungsbereiches in der Änderung des Flächennutzungsplanes nicht als „Sondergebiet“ bzw. als „Sonderbaufläche“, sondern als „Fläche für Wald“ darzustellen sei. Dieser Anregung wurde gefolgt und die entsprechende Darstellung in die Planzeichnung aufgenommen.

Weitere Stellungnahmen hatten keine Auswirkungen auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung.

Aufgestellt:

instara
Institut für Stadt- und Raumplanung
Prof. Dr. Hautau & Renneke GmbH
Vahrer Straße 180 28309 Bremen

Bremen, den 31.10.2011